

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnschein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postamtstaler, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladnt die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Vertrauf Nr. 22 Gemeindevorstand, Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 :—: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 222

Bad Schandau, Mittwoch, den 22. September 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichspräsident Ebert ist von seinem Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder aufgenommen.

\* Es soll eine beschleunigte Erhebung der Besitzsteuer und des Reichsnotopfers eingeleitet werden.

\* Reichsverkehrsminister Gröner veröffentlicht einen Erlaß gegen Eingriffe der Eisenbahner und Betriebsräte in die Kartoffelbeförderung.

\* Nach Mitteilungen des preussischen Landtagsabgeordneten Köditz sollen im Frühjahr 1921 gleichzeitig Reichstags- und Landtagswahlen, sowie die Wahl des neuen Reichspräsidenten stattfinden.

\* Millerand hat seine Bereitschaft erklärt, die Nachfolge Deschanel's in der Präsidentschaft der französischen Republik anzutreten. Er dürfte mit großer Mehrheit gewählt werden.

\* Die polnisch-litauischen Friedensverhandlungen in Kalvaria sind abgebrochen worden, da man sich über die Demarkationslinie nicht verständigte. Die polnische Delegation reiste ab.

\* General Smuts wies im Namen der britischen Union die Wünsche der südafrikanischen Deutschen auf eigene Verantwortung ab.

## Cupen und Malmédy.

Es hat alles nichts geholfen. Mit einer Kalblüstigkeit, wie die Entente sie nur aufbringt, wenn es sich um die Vergewaltigung deutscher Interessen handelt, wird jetzt von Paris aus der Welt mitgeteilt, daß der Oberste Rat endgültig von dem Ergebnis der Abstimmung in den Bezirken Cupen und Malmédy, die zugunsten der Angliederung der beiden Bezirke an Belgien ausgefallen sei, Kenntnis genommen habe. Endgültig — das will sagen, daß die Sache für den Weltbund, der die Erde und die Völker neu unter die Staaten verteilt hat, ein für allemal erledigt ist. Cupen und Malmédy, zwei Kreise, die niemals einem anderen Reich als Deutschland zugehört haben, werden Belgien zugesprochen, und Belgien rüftet sich bereits, den Tag, an dem diese Entscheidung öffentlich verkündet werden soll, durch Glockengeläut und Flaggenhonneur feierlich zu begehen. Wir können wieder einmal Abschied nehmen, Abschied von 80 000 Deutschen, ferndeutschen Männern und Frauen, die sich vergeblich mit Händen und Füßen gegen ihre Losreißung vom angestammten Mutterlande gestraubt haben. Sie haben protestiert und haben gefleht, haben die Hilfe des deutschen Volkes und seiner Regierung, die Hilfe des neutralen Auslandes und der ganzen Welt angefordert, aber all ihr Jammer ist ungehört verhallt. Die „Abstimmung“ ist gegen sie ausgefallen, und dem Obersten Rat bleibt nur übrig, von ihr endgültig Kenntnis zu nehmen. Alles weitere bleibt dem belgischen Volk überlassen.

Im Kleinen daselbe grausame Geschick, das sich im Großen andernwärts schon vollzogen hat. Hier sind es ein reichliches halbes Hunderttausend von Menschen, die einer in tiefstem Herzen verhassten Fremdherrschaft ausgeliefert werden; dort waren es und werden es sein Millionen von Deutschen, über deren nationale Stimmungen und Gesinnungen man kaltblütig zur Tagesordnung übergeht. Ein letzter Hoffnungsschimmer schien aufzutreten, als, vor 14 Tagen etwa, der Vorkonferenzrat sich zum erstenmal mit dieser Angelegenheit befaßte und sich mit einer etwas dunkel stilisierten Mitteilung über diese seine Sitzung begnügte. Die ewig Hoffnungsfreudigen, die niemals aussterben in Deutschland, horchten auf und ließen sich, wenige Tage später, vor einem amerikanischen Sensationsblatt nur zu leicht das Märchen aufbinden, die Entente habe sich von der Lächerlichkeit der unter belgischer Aufsicht vollzogenen „Abstimmung“ überzeugt und wolle, um den im Friedensvertrage eingegangenen Verpflichtungen nicht entgegenzuhandeln, das endgültige Schicksal der beiden Bezirke von einer wahren Volksabstimmung abhängig machen. Die deutsche Regierung beiläufig, in diesem allerletzten Moment noch eine allerletzte Note in der Angelegenheit nach Paris zu schicken, noch einmal alle die vielen Tatsachen zusammenzustellen, die der Versicherung Belgiens, es sei bei der Abstimmung alles nach Recht und Gesetz gegangen, auf das brutalste ins Gesicht schlagen, und mit einer Entrüstung, deren Gültigkeit aus jedem Satze, aus jedem Worte mit erschütternder Deutlichkeit hervorklang, an das Gerechtigkeitsgefühl der neuen Vertreter der Völker zu appellieren.

In Paris blieb alles stumm, kein Finger rührte sich, um das hochgepriesene Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes vor dieser neuen Durchbrechung zu bewahren, und selbstverständlich hatte man auch in London und in Rom, in Newyork und in Washington nicht das allermindeste Interesse für diese untergeordnete Frage, ob ein kleiner Teil eines Landes mehr oder weniger vom Deutschen Reich abgetrennt würde oder nicht. Früher sind Menschenleben von Fürsten und von Kriegsherrn verkauft und verschachert worden, jetzt ist man ungleich humaner geworden. Man verschiebt nur die nationalen Grenzen zu ihrer Linken oder Rechts, und das Geschäft ist fertig. Bianke Silberlinge werden nicht gefordert und gegeben, aber es ist dafür gesorgt, daß derjenige, auf dessen Vereinerung es abgesehen ist, auch ohnedies auf seine Kosten kommt. Nach ein

Wochen werden die Vergewaltigten schreien und toben, aber die Zeit hat schon schlimmere Verbrechen an Menschen und Völkerschicksalen zugebeut, und so überaus schmerzlich das ganze Deutschland diesen neuen nationalen Verlust empfindet, wer weiß, wie bald wir abermals vor noch fürchterlicheren Ereignissen stehen werden, die all unser Sinnen und Trachten ausschöpfen. Und die Entente rechnet darauf, daß ein Unrecht, das sie uns zufügt, sehr bald wieder durch ein größeres abgelöst wird. So kommen wir gar nicht recht zur Besinnung, und die übrige Welt, soweit sie diesen Vorgängen überhaupt ihre Beachtung schenkt, wird für die Klagen der Deutschen von Cupen und Malmédy kaum mehr als ein flüchtiges Interesse übrig haben. Das ist der Lauf der Welt, so wie sie durch den Friedensvertrag von Versailles gestaltet worden ist.

Es gibt in Deutschland Leute, die noch immer nicht ganz begriffen haben, wie es fortan um uns steht. Vielleicht wird das Schicksal von Cupen und Malmédy sie endlich darüber belehren, was wir für unsere Zukunft noch von Paris und London zu hoffen haben.

## Empfang der Presse durch Millerand.

Die zustimmende Antwort Millerand's auf die ihm an-gebotene Kandidatur wurde in Paris erst in den späten Abendstunden bekannt, so daß weder die Presse, noch die parlamentarischen Kreise sofort darauf reagieren konnten. Abends empfing der Ministerpräsident die Vertreter der Presse und entwickelte nochmals in großen Zügen sein politisches Programm: Die Grundlage seiner Politik, so führte Millerand aus, bilde der Vertrag von Versailles. Nach außen erstrebe er die Einigkeit der Alliierten, nach innen den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung, die Dezentralisation der Verwaltung und die Verbesserung der Verfassung.

## Kommunistische Straßenkundgebung.

Berlin, 21. September.

Die Arbeitslosen Berlins und der Vororte veranstalteten heute im Lustgarten eine Kundgebung, an der sich fast der ganze kommunistische Heerbann Berlins beteiligte. Zu der tausendköpfigen Menge sprachen gleichzeitig 19 Redner. In großer Erregung wandte man sich hauptsächlich gegen die U. S. P., die abgelehnt hatte, sich an der Kundgebung zu beteiligen. Die Sprecher forderten die Freilassung aller revolutionären Kämpfer und namentlich Einstellung des Verfahrens gegen die 28 Weissenfeer Genossen, gegen die die Verhandlung heute begonnen hat. Die übrigen Forderungen betrafen Auflösung und Entwaffnung der Organisation „Eichardt“, Festnahme und Auslieferung aller Verschwörer gegen Sowjet-Rußland, Unterbindung jeder Herstellung von Kriegsmaterial, Schaffung politischer Arbeiterräte u. a. Nach Beendigung der Kundgebung bildete sich ein Demonstrationzug, der unter Mitführung zahlreicher roter Fahnen durch die Stadt zog und vor dem Hause der „Freiheit“ lärmende Kundgebungen veranstaltete, im übrigen aber nirgends zu Unzutraglichkeiten geführt zu haben scheint. Wie es heißt, wollen jedoch die Kommunisten den bevorstehenden Straßenbahnstreik benutzen, um zum Generallstreik aufzurufen. Bemerkenswert ist, daß die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn es abgelehnt haben, sich an dem drohenden Verkehrsstreik zu beteiligen. In Vichtenberg zwangen Arbeitslose und Kommunisten unter Drohungen die Arbeiter der Knorr-Bremse Aktien-Gesellschaft, die Arbeitsstätte zu verlassen.

## Die Weissenfeer Kommunisten vor Gericht.

In dem Prozeß gegen die Weissenfeer Kommunisten, der heute begann, handelt es sich um Unruhen, bei denen ein Polizeiwachmeister erschossen wurde. Eine Streife der Sicherheitspolizei hatte in der Nacht vom 21. zum 22. August auf einem Laubengelände in Weissenfeer Mitglieder einer kommunistischen Kampforganisation beim Ausheben eines Waffenlagers überrascht. Die Beamten wurden mit Revolvergeschüssen empfangen. Die Kameraden des dabei getöteten Wachmeisters erwiderten das Feuer und machten einen der Kommunisten kampfunfähig. Eine große Anzahl der Mitglieder der Kampforganisation wurde später verhaftet. Die Verhandlung vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos, das aus drei Zivilrichtern und zwei militärischen Beisitzern zusammengesetzt ist, begann mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Gerichtshof, da die Verteidiger gegen die ganze Art des Verfahrens Einspruch erhoben.

## Neuer Zusammenstoß in Bitterfeld.

Von einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Bahnbeamten auf dem Bahnhof Bitterfeld meldet die „Sächsische Allg. Ztg.“: Als auf dem Bahnhof mehrere Arbeiter vorbeständig die Gleise überschnitten, wurden sie von Bahnbeamten festgenommen. Die Arbeiter riefen daraufhin ihre Arbeiterkollegen zu Hilfe, die auch sofort in Stärke von 200 Mann das Eisenbahngelände stürmten, die Einrichtung zerstörten und die Festgenommenen befreiten. Vor kurzem schon hat die Eisenbahndirektion Halle mit der Einstellung der Arbeiterzüge gedroht, wenn die Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Bahnpersonal nicht aufhörten.

## Prof. Gruber über unsere Ernährung.

Eine Rede auf dem Naturforschertag.

Bad Nauheim, 21. September.

Auf dem augenblicklich hier verhandelnden Deutschen Naturforschertag hielt Prof. v. Gruber aus München den ersten Vortrag über die Deckung des Ernährungsbedarfs.

Die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie bringt, wie der Redner ausführte, in Deutschland Millionen unmittelbar in größte Gefahr an Gesundheit und Leben. Die Erweiterung des Nahrungsspielraums durch Industrie und Technik in den letzten fünfzig Jahren hat unser Volk um 43 Millionen wachsen lassen. Ich halte es für unabwendbar, daß die Einschränkung dieses Spielraums sie zum Aussterben bringt. Dieses Aussterben müßte freilich nicht unbedingt das Leben der Nation als solcher unmöglich machen. Im stillen Winkel des Agrarstaates lebt sich's ja behaglicher, als auf dem wild bewegten Element des Industriestaates.

Über unser Weiterbestehen hängt davon ab, ob wir der fürchtbaren Not von heute Herr werden. Es wäre nämlich möglich, daß jetzt Millionen so läß dahinstirben, wie während der Blockade die Tausende. Was können wir tun? Die Erzeugung muß so viel wie möglich hervorbringen, der Verbraucher so wenig wie möglich verbrauchen. In der Ernte 1919 fehlte ein Fünftel des Bedarfs, daß wir einführen mußten. Der neue Markttag sollte uns ein Menetekel sein. Sobald wir keinen Vorrat mehr bekommen ist die Katastrophe da! Wir müssen uns selbstversorgung und es liegt die Möglichkeit vor, daß wir diese Selbstversorgung erreichen.

Professor Paul, München, stellte eine Anzahl von Forderungen auch für die künftige Arbeit unserer Lebensmittelchemie. Erforschung der chemischen Zusammensetzung der Lebensmittel, Ausarbeitung geeigneter Konservierungsmethoden, kurz wissenschaftliche Durchdringung der gesamten Nahrungsmitteltechnik sind zu fordern.

## Die drohende Fleischverteuerung.

Erregung der Bevölkerung.

Der Geschäftsführer der Abteilung für Produktions- und Übergangswirtschaft im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Oekonomierat Kaiser äußerte sich zu einem Presseinterview über die Aussichten der Fleischbewirtschaftung. Er sagte u. a.:

Die ungeheure Erregung, die sich der Bevölkerung bei den drohenden Wucherpreisen auf dem Viehmarkt bemächtigt hat, findet in der Landwirtschaft stärksten Widerhall, da sie ihrerseits nicht gewillt ist, übertriebene Preisbildung auf dem Markt zu dulden. Die Verantwortung dafür trägt zum großen Teil der Handel, der gleichfalls den Wunsch einer ehrlichen Preisbildung in seinen führenden Organen vertritt. Wenn es gelingt, den Terminhandel und übermäßige Deckungsanfänge zu verhindern, brauchen die großen Verbraucherzentren sich keinen allzugroßen Sorgen hinzugeben. Der Rindviehbestand ist in langamer Erholung begriffen, die Qualität allerdings noch minderwertig. Für den Ausverkauf ganzer Provinzen muß die Landwirtschaft jede Verantwortung ablehnen. Die landwirtschaftlichen Körper-schaften sind mit den Reichsorganisationen der Viehhändler und Fleischer in Verbindung getreten, um eine neue Organisation ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein wird, für die Preisbildung gesunde Unterlagen zu schaffen. Die Organisation soll insbesondere den Wuchergerichten und Preisprüfungsstellen Unterlagen liefern, da die Kosten zwischen dem Viehpreis und den Fleischpreisen im freien Handel ganz ungeheuerlich gestiegen sind.

## Ausschüsse gegen übertriebene Preise.

In Hannover fand unter Vorsitz von Unterstaatssekretär v. Braun eine gemeinsame Tagung von Vertretern des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, des Fleischerverbandes und des Bundes der Viehhändler statt. Um ungeheure Preisgestaltung und damit eine Schädigung weiterer Volkskreise nach Möglichkeit auszuschalten, wurde einstimmig beschlossen: Die Bildung gemeinschaftlicher Ausschüsse von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, des Fleischer-gewerbes und der Verbraucher in den einzelnen Wirtschafts-gebieten zur fortlaufenden Beobachtung der Preisbildung und zur Feststellung und Verhinderung schädlicher Auswüchse im Handel und in der Preisbildung; die Feststellung ent-sprechender Abstufungen der Vieh- und Fleischpreise auf Grund sorgfältiger Erhebungen; schließlich Bereitstellung des so gesammelten Materials für die Zwecke der Preisprüfung. Es kann dies nur erreicht werden, wenn der Handel mit Schlachtvieh und Fleisch wirklich freigegeben wird, keine behördlichen Eingriffe, kein Ausfuhrverbot innerhalb des Reiches und wirkliche Verkehrsbeschränkungen hemmend da-zwischen treten.

Ein sofort gebildeter Hauptauschuß wurde ermächtigt, sich mit den maßgebenden Verbrauchervereinen in Verbindung zu setzen.

## Störungen der Kartoffelbeförderung.

Ein Erlaß Grönners.

Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlaß an alle Direktionen der Reichseisenbahnen gerichtet:

Aus allen Teilen des Reiches gehen mir Meldungen und Beschwerden von Interessenten zu, daß Eisenbahn-beamte und Arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte in die Beförderung der Herbstkartoffeln eingreifen, die Ge-